



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Bernhard Seidenath, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Ulrike Scharf, Klaus Stöttner, Helmut Radlmeier, Manuel Westphal CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/4998, 18/6204

Gesundheits- und Pflegewirtschaft stärken: Start einer Initiative „Beste Gesundheit und Pflege für Bayern“

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel

- die Gesundheits- und Pflegewirtschaft in Bayern als neue Leitökonomie neben den bestehenden anzuerkennen und mit zielgerichtetem und konsentiertem Regierungshandeln zu stärken.
- eine „Initiative“ zum Thema „Beste Gesundheit und Pflege für Bayern“ unter Einbindung bereits bestehender Einrichtungen und Foren, die sich mit Themen der Gesundheits- und Pflegewirtschaft befassen, zu starten. Diese Initiative soll die Ergebnisse geplanter Studien des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege und des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zur Bedeutung der Gesundheits- und Pflegewirtschaft in Bayern miteinbeziehen. Die Ergebnisse der beiden Studien sollten im Rahmen einer hochrangig besetzten Veranstaltung präsentiert werden. Bei der Initiative geht es um die Vernetzung in der Gesundheits- und Pflegewirtschaft in Bayern und darüber hinaus mit der klaren Zielsetzung – insbesondere in den Feldern Digitalisierung und künstliche Intelligenz – Synergien zwischen den beteiligten Akteuren zu suchen und zu finden und dabei die Verbesserung der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Menschen in Bayern im Blick zu behalten. Mit der Initiative soll auch deutlich und sichtbar gemacht werden, welchen Stellenwert die Gesundheits- und Pflegewirtschaft als neue Leitökonomie in Bayern einnimmt.
- in einem weiteren Schritt eine Abstimmung mit anderen Bundesländern in diesem Bereich herbeizuführen, zum Beispiel mit Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz – der Südwesten ist der bedeutendste Standort der industriellen Gesundheitswirtschaft (IGW), um letztendlich eine länderübergreifende Initiative für alle Akteure im Bereich der Gesundheits- und Pflegewirtschaft zu errichten und durch die länderübergreifende Vernetzung weitere Synergien zu erzeugen und um dieses Thema gemeinsam gegenüber dem Bund zu vertreten bzw. voranzutreiben.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident